CDU DIE FRAKTION IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

46. Sitzung Mittwoch, 10. Oktober 2012, 9:30 Uhr

TOP 11

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in Baden-Württemberg

Rede von

Klaus Burger MdL

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Klaus Burger CDU: Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf den Zuhörerrängen!

Wenn die Menschheit es im Jahr 2050 schaffen will, 10 Milliarden Menschen zu ernähren und auf einen vernünftigen Wohlstand zu kommen, dann heißt das u. a., dass die Ernährungssituation von Milliarden Menschen dramatisch verbessert werden muss. Hierzu brauchen wir jeden Bauern und jeden Quadratmeter landwirtschaftlich nutzbarer Fläche.

Dabei ist eine Landesagrarpolitik nicht zukunftsfähig und sogar unredlich, wenn sie versucht, durch eine vorgegebene, scheinbare Extensivierung Punkte zu sammeln, während real aber bewirkt wird, dass die Betriebe intensivieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013 und über eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in Baden-Württemberg sprechen, dann sollten wir uns zunächst einmal bewusst machen, dass mehr die Hälfte aller Baden-Württemberger in Dörfern und Kleinstädten im ländlichen Raum leben.

Hier sind zahlreiche Gewerbebetriebe ansässig, und hier sind unsere Hauptsteuerzahler. Gerade trotzdem sind dort Natur- und Naherholungsräume vorhanden. Ganz wichtig ist mir auch die Fragestellung: Was sind überhaupt die Aufgaben der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft?

Ich will nur wenige nennen: wettbewerbsfähige Erzeugung qualitativ hochwertiger und umweltschonend erzeugter Lebensmittel und Rohstoffe, artgerechte Haltung von Tieren, Schutz der natürliches Ressourcen, Erhaltung der Funktionsräume des ländlichen Raums und – immer noch neu – die Herausforderung, einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende zu leisten.

Vor diesem Hintergrund ist es in Baden-Württemberg in den letzten 60 Jahren gelungen, dass sich landwirtschaftliche Familienbetriebe entwickeln konnten, nicht nur in der konventionellen, sondern auch in der ökologischen Landwirtschaft, teils mit Einkommenskombinationen wie etwa über die Direktvermarktung oder „Ferien auf dem Bauernhof“.

Auch hier war es der CDU wichtig, Wahlfreiheit zu bieten, damit sich die Menschen dort engagieren konnten, wo sie für sich die besten Chancen sahen. Möglich war das nur durch den Ausgleich bestehender naturbedingter und wirtschaftlicher Nachteile. Dies erfolgte über die EU-Förderung aus der ersten Säule durch Direktzahlungen und der zweiten Säule durch die Förderung von Investitionen sowie von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Damit die Landwirtschaft in Deutschland und in Baden-Württemberg künftig erfolgreich sein kann, muss es zunächst einmal gelingen, das Budget zu sichern. Da hilft es nichts, wenn Europaminister Peter Friedrich bereits im Mai dieses Jahres bei einer Versammlung in Konstanz verkündet, die EU-Subventionen könnten durchaus bei den Landwirten gekürzt werden.

Wenn sich auf der Nehmerseite das Land bereits so äußert, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn von der Geberseite, der EU, eine Umschichtung zulasten der Landwirtschaft zu befürchten ist.

Herr Minister Bonde, wir freuen uns, dass wir Sie in diesem Punkt an unserer Seite sehen. Das Land Baden-Württemberg hat sich bisher in seinen vielfältigen Landesprogrammen pointiert und entschieden engagiert: Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe, Hilfe für Junglandwirte, Flurneuordnung, Verbesserung der Vermarktung, Ausgleichszulage, ELR, innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum, MEKA, Naturschutz, Landschaftspflege, Forstwirtschaft – mit diesen Programmen wurden Kofinanzierungen, von der EU bereitgestellte Gelder abgegriffen, Millionen flossen in unser Land.

Mit der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik nach 2013 sollen nun die Direktzahlungen aus der ersten Säule vom Einhalten zusätzlicher neuer Umweltschutzmaßnahmen – kurz: Greening – abhängig gemacht werden.

An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass die Landwirte bereits heute über 2 000 Cross-Compliance-wirksame Verordnungen, Auflagen oder Gesetze erfüllen müssen. Hinter dem politisch stark aufgeblähten Begriff „Greening“ verbirgt sich u. a., dass unseren Bauern in Deutschland 650 000 ha aus der Nahrungsmittelerzeugung genommen werden.

Auf die Anbaufläche der EU hochgerechnet, wären das sogar 6 Milliarden ha, was 30 Milliarden t Getreide entspricht. In Anbetracht von 1 Milliarde hungernden Menschen auf der Welt und der Tatsache einer immer größer werdenden Flächenknappheit durch großen Landverbrauch infolge immer größer werdender Ausgleichsmaßnahmen, gerade auch bei der Umsetzung der Energiewende, ist das nicht zu tolerieren. Ganz nebenbei gesagt: Greening ist nicht neu. Es ist eine Erfindung von Gerhard Weiser und längst in den Agrarumweltmaßnahmen enthalten.

Als EU-Kommissar Ciolos vor mehr als einem Jahr hier in Stuttgart war, sagte er aus, dass er froh wäre, wenn andere EU-Länder so weit wären wie wir hier in Baden-Württemberg.

Aber wenn schon Greening, dann wäre es klüger, das vor allem über die dreigliedrige Fruchtfolge zu erfüllen. Dann wäre es klüger, das Grünlanderhaltungsgebot sinnvoll weiterzuentwickeln. Das wäre auf jeden Fall besser wie das von der Landesregierung gegen den Willen unserer landwirtschaftlichen Betriebe in Kraft gesetzte Grünlandumbruchverbot.

Dann wäre es doch klüger, den in den letzten Sitzungen des Ausschusses von allen Fraktionen einstimmig beschlossenen Antrag der CDU umzusetzen. Dort wurde eine neue Eiweißstrategie für Baden-Württemberg beschlossen. Diese sieht eine verbesserte Züchtung, Förderung und Anbau von Eiweißpflanzen, Leguminosen und Hülsenfrüchten zur Nutzung für Mensch und Tier vor. Zwar wäre dies nur ein kleiner Beitrag, aber zu fordern, den Anbau auf ökologischen Vorrangflächen zu ermöglichen, wäre ein wichtiger erster Schritt.

Es wäre auch klüger, künftig auf GPS zu setzen. GPS bietet die Chance, etwas Gutes für unsere Böden und Pflanzen zu tun. Modernste Technik wird hier genutzt, um Pflanzen gezielt vor Krankheiten und Schädlingen zu schützen oder den Nährstoffbedarf individuell dem Verbrauch der Pflanzen im Wachstum anzupassen. Das alles ist allemal besser als eine geplante, einzelbetrieblich gerechnete siebenprozentige Flächenstilllegung (ökologische Vorranggebiete). Die CDU setzt hier klar auf Fortschritt, nicht auf Stillstand.

Die Stilllegungsflächen träfen gerade die kleinteilige und mittlere Landwirtschaft in Baden-Württemberg, und zwar existenzbedrohend. Wettbewerbsvorteile hätten die Landwirte mit richtig großen Flächen, aber die sind nicht hier in Baden-Württemberg. Abschließend ist es mir wichtig, darzustellen, dass eine gute Landesagrarpolitik die beste Förderung des ländlichen Raums ist. Ich weiß, von was ich rede. Agrarpolitik kommt nicht nur bei den Landwirten und den bäuerlichen Familien an. Sie greift wesentlich tiefer, erreicht alle Menschen, auch diejenigen, welche nicht auf dem flachen Land, sondern in großen Städten und Ballungsräumen zu Hause sind. Eine starke Agrarpolitik fördert die Infrastruktur, verbessert den Lebenswert für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, und ganz nebenbei erspart sie uns hohe Kosten in der Gesundheitspolitik.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.